

FreiHandeln ?!

Mit dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten werden überall in der Welt neue Ängste ausgelöst um Klimaschutz, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Bürgerrechte. Seine Wirtschaftspolitik ist protektionistisch und isolationistisch, Importprodukte etwa aus Mexiko oder Deutschland will er mit Strafzöllen belegen. In ihren Verhandlungen um Freihandels- und Investitionsschutzverträge wie CETA und TISA macht die EU Druck und will uns glauben lassen, diese seien die beste Alternative zum Wirtschaftskurs Trumps und der anderen Populisten wie Le Pen, Wilders oder AFD. Wir schauen hin: Was sind die Grundzüge der EU-Freihandelspolitik? Welche Auswirkungen haben 10 Jahre Freihandelsverträge in Mittelamerika bereits jetzt erkennbar gebracht? Und: welche Alternativen wurden in Lateinamerika mit dem ALBA-Staatenbündnis umgesetzt? Unsere Überlegungen, welche Bedingungen wir selbst an Handelsverträge stellen, stellen wir zur Diskussion. Wie kann Handel und Wirtschaftsentwicklung positiv gestaltet werden?

Freihandelsverträge – und ihre Auswirkungen – in Mittelamerika



EU Freihandelspolitik in Lateinamerika

Unter der Überschrift „Global Europe – Competing in the world“ hat die EU ihre Handelsstrategie seit 2006 neu aufgelegt. Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Rahmen der WTO durch die Blockade der Entwicklungs- und Schwellenländer konzentrierte sie sich auf einzelne Schwellenländer und regionale Wirtschaftsblöcke. Seither wurden unzählige Freihandelsabkommen abgeschlossen, die als Rahmenwerk zur Handelsliberalisierung dienen sollen. Sie beinhalten folgende Elemente:

1. Abschaffung der Zollschränken im Landwirtschaftssektor
2. Schutz von Investorenrechten („Nicht-Diskriminierung“)
3. Zugang zu Energie und Rohstoffen
4. Schutz geistiger Eigentumsrechte internationaler Konzerne
5. beschleunigte Öffnung von Dienstleistungsmärkten (ca. 70% des BIP der EU)
6. Öffnung der Märkte für öffentliches Auftragswesen
7. Durchsetzung ungehinderter Niederlassungsfreiheit
8. gemeinsamer gesetzlicher Rahmen für die Behandlung wirtschaftlicher Aktivitäten. Damit könnten europäische Konzerne gegen ein Land klagen, wenn sie Investitionen oder erwartete Gewinne gefährdet sehen.

9. Schaffung eines Organs zur Schlichtung regionaler Kontroversen

In Lateinamerika steht die EU im Wettbewerb mit den USA. Sie verfügt über Freihandelsabkommen mit Mexiko (2000), Chile (2002), Peru, Kolumbien und Zentralamerika (2013), hat nach einer Verhandlungspause 2016 mit Ecuador abgeschlossen und verhandelt nach dem Regierungswechsel in Argentinien wieder mit dem Mercosur. Die EU zielt so auf eine Euro-Lateinamerikanische Freihandelszone, nachdem die USA 2006 mit dem gleichen Plan gescheitert ist.

Mittelamerika: Auswirkungen der Freihandelsverträge von USA und EU

Die Region Mittelamerika hat mit beiden großen Wirtschaftsblöcken Freihandelsabkommen abgeschlossen: 2007 das „Central America Free Trade Agreement“ (CAFTA) mit den USA und 2013 das „Assoziierungsabkommen“ (Acuerdo de Asociacion, AdA) mit der EU. Landwirtschaftliche Exporte von höchster Bedeutung für die EU (Alkohol, Milchprodukte, Wein, Olivenöl, Schinken) wurden zollfrei gesetzt. Für Produkte aus Mittelamerika wie Bananen, Zucker, Reis und Rindfleisch wurden Importquoten festgelegt, die jährlich um 5% steigen. Umgekehrt erwarten EU-Konzerne Exportmöglichkeiten für die Automobilbranche, Maschinen- und Anlagentechnologie, Investitionsmöglichkeiten in Dienstleistungen, Finanzwirtschaft, Telekommunikation und Transportwesen.



**POLITISCHE
ERFAHRUNGEN
AUSTAUSCHEN
-BILDUNG
NEU ENTDECKEN**

**5-6 wöchige
Solidaritätsreise nach
Nicaragua und El Salvador**
August / September 2017 mit 10-15 Menschen

Teilnahme an
einem Bauprojekt der
Kommunalbewegung
in der ländlichen
Region
Matagalpas

Begegnung mit
Basisbewegungen
in Nicaragua und
El Salvador

Austausch
zu Methoden
der lokalen
Bildungsarbeit

Voraussetzungen:
Bereitschaft zum solidarischen Engagement,
Erwerb von Spanischkenntnissen, Teilnahme an
3 Vorbereitungswochenenden, Weiterarbeit
an einem Nachbereitungsprojekt.

Flyer anfordern, anrufen oder mailen.
Infos auf der Homepage von Informationsbüro
Nicaragua und Ökumenisches Büro München

Nachdem klar war, dass die Freihandelsabkommen mit den USA und mit Europa nicht mehr verhindert werden konnten, begannen die sozialen und Umweltbewegungen Mittelamerikas schon sehr früh sich zu vernetzen und die Auswirkungen der Freihandelsverträge zu untersuchen. Seit 2013 führen 14 Organisationen aus ganz Zentralamerika gemeinsam ein jährliches regionales Monitoring unter dem Titel „Freihandelsverträge und Unternehmensverantwortung“ durch, das sie durch 14 Fallstudien in den 3 Themenbereichen *Ernährungssouveränität, Investition und Arbeitsplätze sowie Bergbau und Umwelt ergänzt haben* [(RENICC und andere (Hrsg.): *Observatorio Regional a TLCs y Responsabilidad Empresarial en Centroamérica*, Diciembre 2015)]. Zuerst einmal muss davon ausgegangen werden, dass die Produktionsbedingungen und Produkte von Mittelamerika auf der einen und EU bzw. USA auf der anderen Seite sich deutlich unterscheiden, so dass sich die jetzt schon unsymmetrischen Handelsbeziehungen bei der Abschaffung von Zöllen und anderen Schutzmaßnahmen auch nicht symmetrisch entwickeln werden, sofern nicht kompensatorische

Maßnahmen ergriffen werden (dürfen). Mit der Ausnahme von Costa Rica, das zu 50% auch High-Tech-Waren und mittlere Technologie (elektronische Schaltungen, Instrumente und Medizinprodukte) exportiert, sind es bei den anderen mittelamerikanischen Ländern Textilien, Zucker, Bananen, Silber, Gold, Palmöl, Fleisch, Garnelen und Kaffee, im wesentlichen also unverarbeitete Rohstoffe (40-70%) und Manufakturwaren auf Rohstoffbasis (25%) und nur ca 3 % High-Tech-Waren. Dabei ist die Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte Mittelamerikas sehr gering: In den Wirtschaftsanalysen der CEPAL (Lateinamerikanische Wirtschaftskommission) werden 4 Bereiche klassifiziert. 74,4% der Produkte Mittelamerikas sind „sinkende Sterne“, die zwar in der betrachteten Exportzone Marktchancen bieten, aber international vor einem begrenzten Markthorizont stehen und an Marktdynamik verlieren. Aufgehende Sterne (gerade mal 4%) sind Produkte mit internationaler Wachstumsdynamik, die auch im Exportraum wachsende Marktpotentiale erfahren. „Verlorene Chancen“ umfasst Produkte in international dynamischen Sektoren, die aber im Exportmarkt nicht wettbewerbsfähig sind bzw. an Marktquote verlieren. Bei Produkten auf dem Rückzug (21%) nimmt die Bedeutung im internationalen Handel ab, gleichzeitig verlieren sie auch Marktquoten im Exportraum; es sind gesättigte Märkte oder Produkte die durch andere ersetzt werden. Im Verhältnis Mittelamerikas zur EU handelt es sich bei gut 95% der Produkte um sinkende Sterne bzw. Produkte auf dem Rückzug, die mithin also durch den EU-Freihandelsvertrag keine langfristigen Marktzugangsvorteile haben.

Mittelamerika: Wettbewerbsfähigkeit der Exportprodukte

Die USA waren und bleiben wichtigster Handelspartner. Zwischen 1994 und 2014 hat die Region ihre Exporte dorthin jährlich durchschnittlich um 7,6%, die Importe allerdings um 9,6% jährlich gesteigert, dadurch hat sich das Handelsdefizit zur USA von 6 Mrd. auf 13,6 Mrd. mehr als verdoppelt, es beträgt jetzt etwa 136% der Exporte. Die EU als weltweit größter Wirtschaftspartner ist drittgrößter Handelspartner Mittelamerikas. Seit 2003 hat sich das Handelsvolumen zwischen beiden Regionen verdoppelt, nach schwankenden Steigerungsraten halten sich seit 2013 Exporte und Importe weitgehend die Waage.

Ein globales positives Ergebnis der Freihandelspolitik scheint also das Wachstum von Handel und ausländischen Investitionen in Zentralamerika zu sein. Als Folge aber werden in den Fallstudien und den drei Themenbereichen konkret die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen, negative Umwelteffekte, zunehmende Monokulturen für die Agroexportproduktion, soziale und wirtschaftliche Spaltungen, wirtschaftlicher Ausschluss der Bevölkerung an Gewinnen und an Teilhabe festgestellt.

Ernährungssouveränität bedroht!

Auf den Themenbereich Ernährungssouveränität wollen wir hier ausführlicher eingehen. Durch eine extreme Steigerung der US-Exporte wurde der Saldo im Handel mit Grundnahrungsmitteln im gesamten Zeitraum zwischen 2005 und 2013 negativ für Zentralamerika und ist erst in 2014 wieder auf einer ausgeglichenen Basis angekommen (Abbildung).

Handelsbilanz Lebensmittel Mittelamerika gegenüber USA





Während in den zentralamerikanischen Ländern die Agroexportproduktion wuchs, ging die Wettbewerbsfähigkeit der Grundnahrungsmittelproduktion durch die Freihandelsverträge und insbesondere die Senkung der Zollschranken deutlich zurück und die Abhängigkeit von Importen zur Lebensmittelverfügbarkeit stieg. Vom Selbstversorger mit Lebensmitteln ist die Region zum Nettoimporteur von Mais, Reis, Weizen und Bohnen geworden. Exportorientierung strukturiert die Nahrungsmittelproduktion vollständig um: Land, das vorher den lokalen Markt versorgte, wird zu industriellem Agrarland. Die Plantagenwirtschaft dehnt sich aus: Großunternehmen in der Zucker-, Kaffee- und Reis- sowie Agrospritproduktion profitieren. Grundnahrungsmittelproduzierende Kleinbauern leiden unter Freihandelsverträgen, weil sie mit den industriell produzierten und subventionierten Nahrungsmitteln aus den USA nicht konkurrieren können; Kleinbauern werden zu Saison- oder Wanderarbeitern. Hier einige Fakten und Zahlen zur Ernährungssouveränität: In den 50er/60er Jahren eigneten sich Großunternehmen die fruchtbaren Landflächen für die Baumwoll- und Zuckerrohrproduktion an, Bauern wurden vertrieben auf schlechte Böden oder an die „frontera agrícola“ (Urwaldgrenze) verdrängt. Heute werden auf den besten Böden Monokulturen für neue Exportprodukte wie Erdnüsse, Ananas, Sesam oder für traditionelle Exportprodukte (Zucker, Weiden) angebaut. Der Anbau von Zuckerrohr und Afrikanischer Ölpalme wuchs von 256.000 ha (1990) auf 586.000 ha (2010). In den letzten 50 Jahren wurde die Agroexportproduktion mehr als verdoppelt, während die Lebensmittelproduktion insgesamt bei verdoppelter Bevölkerung nur um 50% stieg. Zwischen 1990 und 2009 hat die Region die Fähigkeit zur Selbstversorgung verloren: Konnte sich die Region zu Beginn mit 80,4% selbst versorgen, so waren es 2009 nur noch etwa 50%. Eine Ausnahme blieb Nicaragua, wo die in diesem Zeitraum konstant bleibende Versorgungsquote von 75% nur durch Urwaldrodung und Erschließung neuer Flächen als Folge der

Vertreibung von Kleinbauern sichergestellt werden konnte; mit dem Ergebnis, dass die Waldflächen heute nur ein Viertel von 1980 betragen. Nach Einschätzung der Welternährungsorganisation ist das Problem „die ungleiche Verteilung, nicht die Verfügbarkeit der Lebensmittel“, denn die Mittelklasse kann sich alle Lebensmittel als Importe in den Supermärkten kaufen. Ab 2018 wird auch die Wettbewerbsfähigkeit von Mais, Reis, Hirse bedroht sein, gewinnen werden Kaffee, Erdnüsse, Früchte, Bohnen und Kräuter. In Nicaragua ist die Zuckerrohrindustrie die wichtigste Arbeitgeberin in der Pazifikregion mit 35.000 Beschäftigten und einem Exportvolumen von 80 Mio. US-Dollar, die Anbauflächen werden jährlich ausgeweitet, um die steigende Nachfrage nach Bioethanol für die USA und EU bedienen zu können.

Im Themenbereich Investition und Arbeitsplätze sind statistisch Steigerungsraten zu verzeichnen. Nach der Analyse von RENICC und den veröffentlichten Fallstudien handelt es sich durchgängig um schlechte Arbeitsplätze mit geringer Entlohnung, prekären Arbeitsbedingungen, flexibilisierten Arbeitsverträgen, Einschränkungen des staatlichen Arbeitsschutzes und der Arbeitsgesetze und dies alles obwohl es durchaus eine halbwegs passable Arbeitsschutzgesetzgebung gibt, die aber staatlicherseits nicht durchgesetzt wird, um ausländische Investitionen anzuziehen. In Guatemala sind es Dienstleistungsunternehmen, wie Call Center mit Auslandskapital aus USA, Luxemburg, Spanien, Frankreich, Mexiko, Indien und Kanada, in Honduras Maquilas. Beispielhaft sticht das US/koreanische Unternehmen Honduras Electrical Distribution Systems negativ hervor, in dem Elektro-Autozubehör an 4900 Arbeitsplätzen in San Pedro Sula produziert wird. Die Beschäftigten dürfen maximal zweimal täglich zur Toilette, es werden Einwegwindeln ausgegeben, Überstunden werden nicht bezahlt. In Costa Rica wendet der Ananasexporteur PINDECO (Tochter von DelMonte, größter weltweiter Ananas-Produzent) eine besondere Form von Subcontracting („Satellite farming“) an, in der die Arbeitnehmer ihr eigenes Land mit einbringen müssen und nur nach Ertrag und Marktnachfrage bezahlt werden. In El Salvador gibt es geringe ausländische Direktinvestitionen wegen hoher Kriminalität, Rechtsunsicherheit und staatlicher Willkür in der Exekutive, während Nicaragua günstige Bedingungen zur Ausweitung von Maquilas aufweist: geringe Arbeitslöhne, gute Qualifizierung, junge Arbeitskräfte. Die Umwelt- und

Sozialverbände fordern deshalb ergänzende soziale und ethische Standards im Unternehmenshandeln ein.

Der Themenbereich Bergbau/Steinbrüche und Umwelt macht einen geringen Anteil am BIP der mittelamerikanischen Länder aus: in Guatemala gut 2,8%, in Nicaragua (wachsend) 1,6% und in den restlichen Ländern unter 1%; dafür sind die Risiken für die Gesundheit der Gemeinden sehr hoch. Die Abwehr und der Widerstand der indigenen, bäuerlichen und kommunitären Organisationen betreffen aber auch existenzielle Bedrohungen ihrer territorialen Rechte als Basis gemeinsamen Lebens und Wirtschaftens. Trotz der sozialen und Umweltfolgen und einer ungenügenden Umwelt- und Steuergesetzgebung werden weiter Bergbaukonzessionen durch die Staaten erteilt. In Guatemala führte 4-jähriger Widerstand gegen das US Unternehmen Kappes Kassiday in El Tambor zur Suspendierung der Lizenz. In Honduras baute Five Star (Italien) mit 300 Arbeitern Eisenoxid für China ab. Mit dem Fall der Exportpreise geriet nicht nur das Unternehmen in die Krise, sondern auch die lokale Ökonomie, da auch keine subsistente Lebensmittelproduktion mehr möglich war. In Nicaragua wurde nach mehrjährigen Auseinandersetzungen die Goldabbaukonzession von B2Gold in Rancho Grande im September 2015 suspendiert.

SOMOS IGUALES
Eine Ausstellung über Sexismus in Deutschland und Nicaragua

Somos Iguales – Eine Ausstellung zu Sexismus in Nicaragua und Deutschland

Was ist eigentlich Sexismus und wie sind Menschen in Nicaragua und in Deutschland davon betroffen? Was gibt es für feministische Initiativen für Gleichberechtigung?

Unsere neue Ausstellung *Somos Iguales* („Wir sind gleich“) zeigt, wo uns Sexismus überall begegnet – ob in der Schule, auf der Arbeit oder auf der Straße. Vorgestellt werden z.B. kritische Theatergruppen, selbstorganisierte Migrantinnenbündnisse oder Frauenhäuser – und die gemeinsamen Visionen feministischer Kämpfe hier und in Nicaragua.

Die ausleihbare Wanderausstellung besteht aus zehn Tafeln und richtet sich insbesondere an Jugendliche / Erwachsene ohne Kenntnis der Thematik.

Interesse? Mehr Infos unter:
info@informationsbuero-nicaragua.de
oder
www.infobuero-nicaragua.de

ALBA: solidarisch, nachhaltig und partizipativ?



Die Idee einer „antihegemonialen strategischen solidarischen Allianz“ wurde aus dem Widerstand gegen die kontinentalen Freihandelspläne der USA geboren und von Hugo Chavez im Dezember 2001 aufgegriffen. Unter dem Namen „La Alianza Bolivariana para

los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos“ (ALBA) sollte eine Konföderation der lateinamerikanischen Staaten im Sinne Bolivars entstehen. Sie sollte die Süd-Süd-Kooperation zur sozialen und kulturellen Entwicklung und den gerechten Austausch auf Basis der wirtschaftlichen Komplementarität stärken. Als erste Vorläuferorganisation wurde Petroamérica 2002 zur Integration der Energieunternehmen von 11 lateinamerikanischen Staaten geschaffen. Dem 2004 gegründeten Staatenbündnis ALBA traten zuerst Cuba, Venezuela und Bolivien, später auch Nicaragua, Honduras, Dominica, Ecuador, Antigua und Bermuda sowie Haiti bei. In der Phase der „ideologischen Konsolidierung“ (ab 2010) wurden aber auch die Beziehungen zu anderen Nichtmitgliedsstaaten ausgebaut. Nachdem die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik immer deutlicher erkennbar wurden und in der Folge progressive Führungspersonlichkeiten (Chavez, Morales, Ortega, Lula, Vasquez, Mujica, Correa, Kirchner) die geostrategische Landkarte veränderten, sollte ein neuer politischer Konsensus zur Beseitigung von wirtschaftlicher Abhängigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung geschaffen und die Einmischung hegemonialer Mächte zurückgedrängt werden. Im Abwehrkampf gegen das geplante kontinentale Freihandelsabkommen ALCA unter der Führung der USA entwickelten die sozialen Bewegungen ein komplementäres Gegenmodell

- für eine neue multipolare politische Weltordnung
- zur Förderung der partizipativen Demokratie zur regionalen Integration ohne USA und Kanada und
- zum Nutzen des venezolanischen Erdöls als Basis neuer nicht marktwirtschaftlicher Beziehungen in Lateinamerika.

Vertragliche Grundlage des ALBA-Staatenbündnisses sind die 5 Grundprinzipien:

Solidarität: Die Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung und gemeinsamen Anstrengung für eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung des Menschen und die Befriedigung von Bedürfnissen im Rahmen der Möglichkeiten und im Einklang mit einer gemeinsamen Verantwortung

Komplementarität: Die Verpflichtung gemeinsame Projekte zu identifizieren und zu entwickeln, die Integration oder Synergien von Kapazitäten fördern

Kooperation: Beziehungen jeder Art vertiefen und strategische Allianzen entwickeln mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils

Gegenseitigkeit: Beziehungen die auf einem gerechten Ausgleich beruhen, unter Berücksichtigung der Asymmetrien zwischen den Parteien und den Grundsätzen von Fairness und gutem Glauben

Nachhaltigkeit: Verpflichtung zu Kooperationsprojekten und –programmen um eine nachhaltige Entwicklung in wirtschaftlichen, sozialen und Umweltaspekten zu erreichen.

Auf der Basis dieser Prinzipien wurden bis zum heutigen Tage jede Menge Institutionen, Unternehmen und Projekte auf nationaler und supranationaler Ebene in allen gesellschaftlichen Bereichen geschaffen: im Kultur-, Bildungs-, Energie-, Umwelt-, Finanz-, Industrie- & Handelssektor sowie im sozialen Bereich. Bekanntere Unternehmungen in diesem Rahmen sind die ALBA-Bank, ALBA-Häuser für Veranstaltungen, ALBA-Buchhandlungen und –Shops, Petroamerica, Telesur & Radiosur oder die Sozialprogramme im Gesundheitswesen (z.B. Operacion Milagro) und im Ernährungs-bzw. Wohnungsbereich (z.B. in Nicaragua Hambre Zero und Plan Techo).

Das ALBA Staatenbündnis verfügt über vielfältige Arbeits- und Entscheidungsstrukturen, darunter insbesondere

- Rat der Präsidenten und Regierungschefs (die „politische Orientierung“)
- Ministerräte für soziale, politische und wirtschaftliche Angelegenheiten
- Frauenrat und Rat der sozialen Bewegungen (Exekutive)
- Politische Kommissionen
- Permanente Koordination
- Zehn Arbeitsgruppen für Energie, Ernährungssouveränität, Handelskomplementarität, technologische Unabhängigkeit, komplementäre industrielle und produktive Entwicklung, regionale Finanzarchitektur, Tourismus, Infrastruktur und Transport, industrielle Streitschlichtung (Operative Tätigkeiten)
- Permanente Koordination (Kordinator, Exekutivsekretariat, 4 Arbeitsteams für Kontrolle, Statistik/Daten, Kommunikation, Unterstützung)
- Komitee zum Umwelt- und Naturschutz
- Permanentes Verteidigungskomitee (Verteidigungsminister)

ALBA in Nicaragua: eine warme Dusche für sandinistische Unternehmer

Seit 2007 werden alle wesentlichen Wirtschafts- und Sozialprogramme Nicaraguas über die ALBA-Kooperation abgewickelt. Hierfür wurde ALBANISA mit einer Beteiligung von 51 % durch die venezolanische Erdölgesellschaft PDVSA

und 49% durch die nicaraguanische Petronic gegründet. ALBANISA vermarktet Erdöl aus Venezuela, indem es das Erdöl an nicaraguanische Raffinerien zum vollen Preis verkauft, aber nur die Hälfte direkt an Venezuela bezahlt, den Rest als langfristigen Kredit einbehält. Diesen Kredit verwendet die Entwicklungsbank CARUNA für soziale Projekte und für Darlehen an private und halbstaatliche Firmen mit monopolartiger Handelsposition. Aus einer 2016 veröffentlichten Liste geht hervor, dass hiermit ein „Gemischtwarenladen“ von 66 neuen Unternehmen gegründet und finanziert wurde. Von Telekommunikation, Transport über diverse (Agrar)-Produktionsbetriebe, Vertriebsgesellschaften bis hin zu Finanzdienstleistungen ist alles vertreten.

ALBANISA ist Quasi-Monopolist, es importiert 93% aller Treibstoffe, baut Ölverteilerstationen, Raffinerien, Elektrizitätswerke und den Hafen von Bilwi, betreibt 1100 Fahrzeuge und plant viele nicht vollendete Großprojekte. ALBANISA ist exklusiver Exporteur von Zucker, Fleisch, Bohnen, Öl, Milch und Vieh.

Um die Umsetzung ist in Nicaragua ein heftiger Streit entbrannt. Erst einmal bringt das ALBA-Programm für verschiedene Akteure Vorteile:

1. Die Bevölkerung wird durch die staatlichen Sozialprogramme begünstigt.
2. Für die Regierung ist es eine zusätzliche Geldquelle, die ihr einen Konflikt um eine Umverteilung erspart, am Parlament vorbei geht und deren Verteilung durch Privatunternehmen klientelistisch gesteuert werden kann
3. In der Aufforderung „alle möglichen Geschäftsideen auskundschaften um die Petrodollars auszugeben!“, ergeben sich für eine neue FSLN-Wirtschaftselite viele schöne Posten im Umkreis von ALBANISA und Macht durch entstehende Beziehungsnetze.
4. Für traditionelle Wirtschaftseliten bedeutet der neue Markt Venezuela zusätzliche Gewinne beim Export.

Der den sozialen Projekten zur Verfügung stehende Betrag ist sehr hoch: 2011 waren es 40 % der Steuereinnahmen des Landes. Jetzt wo sich die politischen Verhältnisse in Venezuela ändern, ist der Sozialstaat am Ende. Und es geht um einen Kredit von etwa 2 Mrd \$, der zurückgezahlt werden muss. Der Schuldendienst wächst von 73 Mio\$ (2012) über 109 Mio\$ (2013) auf 206 Mio\$ (2016) und die Verschuldung steigt. Die Frage bleibt,

wer die Schulden zahlen wird. 3,5 Mrd.\$ wurden in 9 Jahren über die private CARUNA abgewickelt (1 Mio\$ am Tag). Warum geht das Programm am Parlament vorbei? Soll verborgen bleiben, wie einige reich werden, und wie das Geld verteilt wird? Angesichts des Verfalls der Ölpreise und der Wirtschaftskrise will Venezuelas Präsident Maduro jetzt an die Rückerstattung der Schulden gehen. Er fordert alle Aktiva und Passiva von Caruna an ALBANISA zu übertragen, damit würden die Schulden zu Staatsschulden Nicaraguas und die gebildeten Vermögen (Fernsekanäle, Radiostationen, Hotels, Tankstellennetze, Rinderfarmen, Baufirmen, Banken, Autowerkstätten, Lebensmittelexporte) würden von Venezuela mitkontrolliert. Dies hatte Ortega immer ausgeschlossen. Anstatt die Mittel – so die Kritik – über den parlamentarisch kontrollierten Staatshaushalt zu nutzen, um die Situation Nicaraguas durch Straßen- und Hafenbau oder Aufforstung u.ä. zu verbessern, wurde die Rechtsstaatlichkeit verletzt und private Bereicherung für einen parteilichen Klientelismus ermöglicht.

ALBA: Am Ende?

Die Wirtschaftsbilanz nach 10 Jahren ALBA ist beachtlich. ALBA ist der zweitgrößte Wirtschaftsblock Lateinamerikas mit einem Marktpotenzial von 76 Mio. Personen, einem Bruttoinlandsprodukt von 683 Mrd. US\$ und einem Binnenhandel von 6,5 Mrd. US\$. In Petrocaribe kooperieren 14 Länder. Der Sucre als virtuelle Währung innerhalb einer neuen Finanzarchitektur bildet mit Operationen von 1.065 Mrd. US\$ (2012) die Grundlage zur Schaffung einer Wirtschaftszone. Die Entwicklungsbank ALBA finanziert Süd-Süd-Projekte von „Grannationalen Unternehmen“ in öffentlichem/gemischtem Eigentum in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Telekommunikation, Kultur, Wissenschaft, Technologie, Gerechter Handel, Bergbau, Transport und Ernährung. Die Regulation ausländischer Investitionen wurde vorangetrieben. Die Armutsbekämpfung wurde ausgebaut mithilfe Süd-Süd-Kooperationen und so-
lidarischem Austausch, Kompensationsfonds und Fonds zur Wirtschaftskooperation. Auf dem 7. Gipfel in Bolivien (2009) wurden Prinzipien des Solidarischen Handels und Abkommen zur Ernährungssicherheit und –souveränität verabschiedet.

Außerdem wurden soziale Entwicklungsprogramme auf den Gebieten von Gesundheit, Erziehung, Kultur und Armutsbekämpfung aufgelegt. 11 Mio

Menschen konnten in 5 Jahren der Armut entkommen. Beispiele sind die durch Venezuela finanzierten und durch Kuba technisch ausgeführten Misiones sociales (barrio adentro, mision milagros) und die Aus- und Fortbildungsprogramme für Schlüsselqualifikationen. Um nur einige Ergebnisse zu nennen:

- Abschaffung des Analphabetismus in Kuba, Venezuela, Bolivien und Nicaragua; Steigerung der Alphabetisierungsquote von 84% (2000) auf 98% (2012) durch Alphabetisierung von 3,5 Mio Menschen
- Steigerung der Primarschulquote auf 94%
- Senkung der Kindersterblichkeit um 21%
- Zugang zu Wasser für 89%, zu Internet für 42% der Menschen
- Behandlung von 2,2 Mio Menschen in der Mision Milagros

Strukturell hat ALBA große Defizite. Es ist nicht nachhaltig, basiert auf dem Extraktivismus und der Abhängigkeit von Venezuela. Es gibt keine parlamentarische Kontrolle. Die Finanzströme sind nicht transparent, Daten über die Verwendung der Mittel liegen nicht vor. Der Kosten-Nutzen bleibt unklar, und die Verteilung der Mittel geschieht über parteiliche Begünstigungs- und Beziehungsnetze. Die Institutionen des ALBA (z.B. der sogenannte Sozialrat) sind nur schwach entwickelt und wenig partizipativ. Soziale Bewegungen innerhalb des ALBA sind nicht in der Lage eigene Themen zu besetzen und eine Integration von unten voranzutreiben. Konzeptionell fehlt eine gemeinsame Vision von Entwicklung, Abhängigkeiten bleiben weiter bestehen. Beispielsweise ist kubanisches Medizinpersonal nicht durch Stipendiaten aus den ALBA-Ländern ersetzbar. So ist es auch nicht geglückt, mit den Petrodollars eine diversifizierte Industrie und Landwirtschaft für den Binnenmarkt in Venezuela aufzubauen. Mit den weiterhin niedrigen Erdölpreisen gerät das ALBA System in eine fundamentale Krise, da es nur schwach ausgebildete Industrien und Systeme zur Eigenversorgung gibt.



Welche Anforderungen stellen wir an Handelsverträge?

Mit der EU-Handelspolitik gibt es weltweit -besonders gegenüber afrikanischen Staaten- jahrzehntelange negative Erfahrungen. Sie bringt eine menschenverachtende Rohstoffpolitik, Armut und Hunger im Süden, ökologische Zerstörung und bewaffnete Konflikte mit sich. Nachdem zahlreiche bilaterale Investitionsverträge – mit privilegierten Klagerechten für Investoren und der Deregulierung der Daseinsvorsorge – und Public Private Partnership-Projekte abgeschlossen sowie Privatisierungen, wie z.B. die kommunale Wasserversorgung, durchgeführt wurden, gab es seit 2009 als Gegenreaktion einen zivilgesellschaftlichen Konsultations- und Diskussionsprozess in ganz Europa. Als Ergebnis wurde ein alternatives Mandat für eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik entworfen. An der Allianz für dieses Alternative Handelsmandat (ATM – **Alternative Trade Mandate**) beteiligten über 60 Organisationen von Bauern, GewerkschafterInnen, ArbeitsmigrantInnen, UmweltschützerInnen, Frauen- und Menschenrechtsgruppen sowie kirchliche Hilfswerke und KonsumentInnenorganisationen. Konsens der Allianz ist, dass Handelspolitik konkrete gesellschaftliche Ziele erfüllen muss, statt nur darauf gerichtet zu sein, Wachstum zu erzeugen und Handelsströme und Gewinne zu maximieren. Handelsströme müssen spätestens dann reguliert werden, wenn sie Menschenrechte oder demokratische Institutionen untergraben, soziale Ungleichgewichte verschärfen oder ökologisch fragwürdig sind. Ziel des ATM ist eine demokratisch kontrollierte Handels- und Investitionspolitik. Das heißt: Transparenz, Offenheit und Stärkung der Parlamente, maßgebliche Beteiligung der Zivilgesellschaft, Abschluss und Änderung von Handelsabkommen mittels Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsprüfung und Rückdrängung der Einflussnahme von Unternehmen. Im ATM werden 10 Kernbereiche für die Bewertung und Ausgestaltung von Freihandelsabkommen zugrundegelegt:

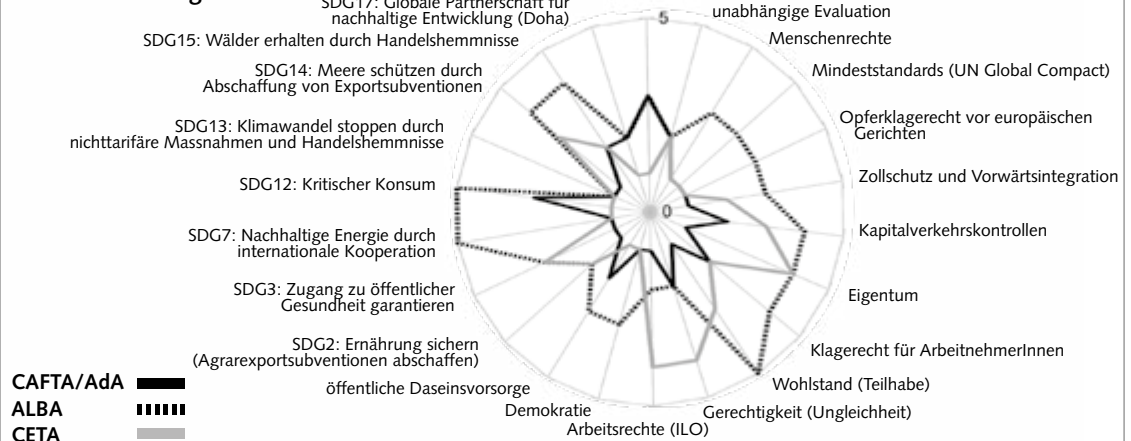
1. Nahrung und Nahrungsmittelspekulation
2. Arbeitsplätze und ArbeitnehmerInnenrechte – wie wir sie schaffen und schützen
3. Zur Verwirklichung der Menschenrechte einen politischen Handlungsspielraum sichern
4. Geld und wie wir es investieren
5. Banken, Spekulanten, Verhalten der Finanzindustrie
6. Rohstoffe und wie wir sie teilen
7. Klimawandel und wie wir die Belastungen gerecht verteilen
8. Öffentliche Dienstleistungen und wie wir sie schützen
9. Öffentliches Beschaffungswesen – ein Werkzeug zu sozialer Entwicklung und nicht zur Förderung von Handel
10. Geistiges Eigentum und wie ihm menschliche Werte zu verleihen sind.

In diesen Kernbereichen werden jeweils Ziele und positive Anforderungen sowie Messgrößen formuliert. Nehmen wir als Beispiel die Rohstoffpolitik. Menschen brauchen Ressourcen für ihren Lebensunterhalt und andere Bedürfnisse, sei es Wasser für Feldfrüchte und Wälder für Nahrung und Schutz oder knappe Mineralien z.B. für Computer. 1/3 der in der EU benötigten Rohstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle, Metalle incl. sog. Konfliktrohstoffe) werden eingeführt, in Deutschland sind es fast 100% bei Primärmetallen. Die EU heizt mit der Einfuhr von Rohstoffen die Ressourcenkonkurrenz an; dabei werden häufig schutzbedürftige Menschen in armen Ländern ihrer Ressourcen beraubt und die Umwelt geschädigt. Durch Importförderung von Agrosprit sollen bis 2020 10% des Energieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Quellen kommen. Die EU-Rohstoffpolitik fördert Landraub in Entwicklungsländern, vertreibt Millionen Menschen und trägt zur Verletzung von Menschenrechten bei. Die EU-will mit ihrer Rohstoffinitiative vor allem im globalen Süden den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen auf dem Weltmarkt“ mittels bi- und multilateralen Freihandelsabkommen sicherstellen. Statt dieser EU-Strategie eines unregulierten Handels könnte Ziel eines positiv gewendeten Handelsabkommen sein, dass die EU ihren Rohstoffverbrauch bezüglich Land, Mineralien, Energie, Wasser und Biomasse durch Importrestriktionen und Konsumbeschränkung -auch von industriellen Produkten- reduziert, insbesondere, wenn sie nicht unter gerechten und nachhaltigen Bedingungen hergestellt wurden. Eine weitere Anforderung müsste die effektive Beteiligung der Zivilgesellschaft am Entscheidungsverfahren über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg sein.

Im nachfolgenden Spinnendiagramm haben wir den Versuch unternommen, diese Bewertungskriterien für Wirtschafts- und Handelsverträge um andere mögliche soziale und nachhaltige Kriterien zu erweitern. Wir haben diese quasi als „Messlatten“ an die genannten Freihandelsverträge (CAFTA/AdA, ALBA und CETA) angelegt. Dabei bedeutet die 0 in der Mitte der jeweils schlechteste Wert und die 5 am Rande der bestmögliche. Wir rufen alle auf, sich einzumischen in die Entscheidung um eine sozial- und umweltverträgliche EU-Handelspolitik.



Kritische Bewertungen von Freihandelsverträgen



Verschnaufpause

Weltbank-Schiedsgericht gibt El Salvador gegen OceanaGold recht



Anfang des 19. Jahrhunderts begannen englische und französische Unternehmen in El Salvador mit dem Gold- und Silberbergbau in den Nordprovinzen El Salvadors. Im 20. Jahrhundert wurden sie von US-amerikanischen und kanadischen Firmen abgelöst. 1953 machte die letzte Goldmine im Nordosten des Landes dicht. Diese Informationen stammen nicht vom „Runden Tisch gegen den Metallbergbau“, der gegen den Gold-Tagebau mit Zyanid-Wäsche mobilisiert seit der kanadische Konzern Pacific Rim in der Provinz Cabañas im Jahr 2004 unter der Regierung Saca von der rechtsextremen ARENA-Partei auftauchte. Sie sind von OceanaGold, einem Bergbaukonzern mit Sitz in Australien, der in Neuseeland, auf den Philippinen und demnächst in South Carolina vier „open pit mines“ und eine „underground mine“ betreibt. Bei den „underground mines“, den alten Goldminen, wurden Stollen in den Berg getrieben, um konzentriertes Gold aus dem Gestein zu schlagen. Mit den „open pit mines“ werden kleine Edelmetallmengen gewonnen, indem Gesteinsmassen mechanisch pulverisiert werden. Das Gold und andere Edelmetalle werden dann mit hochgiftigem Zyanid oder Quecksilber ausgewaschen. Weil es kaum mehr „underground“-Gold usw. gibt, wird bei den Goldpreisen, die nach den sukzessiven Wirtschafts- und Finanzkrisen in die Höhe gehen, nach den letzten Goldspuren des Planeten im Tagebau geschürft. Nach zwanzig, dreißig Jahren ist Schluss. Abraumhalden mit verseuchtem Material und das Staubecken mit der Zyanid-Gesteinsstaub-Brühe bleiben zurück. Im Januar 2000 konnte man in Baia Mare in Nordrumänien studieren, was passiert, wenn so ein Staubecken ausläuft. Die

Brühe verseuchte die Theiss auf voller Länge und lief in die Donau, allgemeines Fischsterben und Trinkwasserprobleme in Rumänien, Ungarn und Serbien waren die Folgen. San Isidro in der Provinz Cabañas, wo Pacific Rim 2004 mit der Exploration begann, liegt im Wassereinzugsbereich des Lempa-Flusses, der für Mittelamerika eine ähnliche Bedeutung hat wie die Donau für Europa.

Seit damals sind zwölf Jahre vergangen. Und zwar so. Nachdem Satelliten einen Streifen niedrig konzentrierter Edelmetalle von Mexiko bis Panama entdeckt hatten, stürzten sich die überwiegend kanadischen, US-amerikanischen und australischen Bergbaukonzerne auf die Region. Unter den ARENA-Präsidenten Flores (1999-2004) und Saca (2004-2009) wurden in El Salvador an die 30 Explorationskonzessionen vergeben. Das Freihandelsabkommen (DR-CAFTA) zwischen den Vereinigten Staaten, der Dominikanischen Republik und den fünf mittelamerikanischen Republiken, das 2005 allenthalben mit Müh und Not ratifiziert wurde, ist, wie es zu sein pflegt, auch ein Investitionsabkommen mit dem entsprechenden Investitionsschutz. BITs, Bilateral Investment Treaties, für die private Schiedsgerichte zuständig sind, gibt es schon lange. Das bei der Weltbank in Washington angesiedelte International Center for State Investor Disputes (ICSID, Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten) beschäftigt sich mit Klagen, wie jener, die Pacific Rim gegen El Salvador vorbrachte, als 2009 zuerst noch die Saca-Administration und dann die erste Regierung der FMLN unter Präsident Mauricio Funes dem Konzern die Genehmigung für die Inbetriebnahme der Goldmine El Dorado in San Isidro verweigerte. Zwischenzeitlich waren die Schäden bekannt geworden, die das Bergbauunternehmen Commerce Group in den Provinzen La Unión, Morazán und San Miguel verursachte, und der Druck auf die Regierungen, open-pit-mining ganz zu verbieten, wuchs. Auch hatten die Umtriebe von Pacific Rim zu heftigen Auseinandersetzungen in der Bevölkerung von San Isidro geführt, die in der Ermordung von Marcelo Rivera, der hochschwangeren Dora Sorto, Ramiro Rivera und Juan

Francisco Durán gipfelten, UmweltschützerInnen und verschiedene GegnerInnen des Bergbauprojektes „El Dorado“ von Pacific Rim. Keines dieser Verbrechen ist bislang aufgeklärt, geschweige denn strafrechtlich verfolgt worden. Der Konzern forderte vor dem ICSID von El Salvador zunächst die „bescheidene“ Summe von 77 Mio US\$ für die Kosten der Exploration und die entgangenen künftigen Gewinne.

Die Informationsstelle **El Salvador wurde 1979** gegründet. Damals stand sie auf der Seite der „Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional“ (FMLN, Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí). Aktivitäten waren die Kampagne „Waffen für El Salvador“, nationale Treffen der El Salvador Komitees, Delegationen nach El Salvador und Ende der 80er die Kaffeeekampagne. Der Sitz im Romero-Haus in Bonn musste Ende der 90er aufgegeben werden. Nachdem die Friedensverträge von 1992 keinen Impuls für eine Agrarreform brachten, beschloss die Info-Stelle in Gestalt der Kaffeeekampagne El Salvador den kleinen Kooperativen-Sektor der salvadorianischen Kaffeewirtschaft durch den Import von inzwischen ausschließlich organisch angebautem Kooperativen-Kaffee zu unterstützen. Zudem werden zusammen mit anderen jährliche Koordinierungstreffen aller an El Salvador interessierter Gruppen und Menschen in Frankfurt a.M. mit Gästen aus El Salvador ausgerichtet. Mit den wenigen Spenden unterstützt die Info-Stelle Basisorganisationen wie die Landarbeitergewerkschaft ANTA und die Menschenrechtsorganisation Pro-Búsqueda, die nach im Krieg von Streit- und Sicherheitskräften entführten und nun verschwundenen Kindern sucht.

Um diese Aufgaben auch weiterhin bewältigen zu können, bitten wir um

(auch regelmäßige)

Spenden auf das Konto : IBAN DE12 3701 0050 0332 2765 07

In den folgenden drei Jahren fand das hohe Schiedsgericht heraus, dass sich ein kanadisches Unternehmen nicht auf DR-CAFTA berufen kann, worauf hin Pacific Rim schnell eine Briefkastenfirma in Reno (Steuerparadies und Mini-Las Vegas), im US-Bundesstaat Nevada, gründete. Während das ICSID-Verfahren dergestalt vor sich hin plätscherte, kaufte OceanaGold 2013 Pacific Rim. Auf den Internetseiten des ozeanischen Konzerns kann man dazu lesen – wohl eher für die AktionärInnen gedacht, als für die Hinterbliebenen der vier Mordopfer von San Isidro: „Das El Dorado Projekt hat das Potential, zu El Salvadors wirtschaftlichem Motor zu werden... OceanaGold ist den höchsten Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt- und Gemeindeentwicklungsstandards verpflichtet. Dabei kann unser Unternehmen auf die starke Unterstützung zählen, die es vor Ort für das El Dorado Projekt gibt. Wir arbeiten eng mit allen Stakeholdern zusammen an einer Roadmap, mit der wir diese Chance für das salvadorianische Volk freisetzen werden.“ Den AktivistInnen des Runden Tisches wird bei der Lektüre dieser Eloge das Herz aufgegangen sein. Ähnlich wie OceanaGold bei der Aussicht auf 1,4 Mio Unzen Gold, die in den Bergen El Salvadors schlummern sollen – weshalb OceanaGold gleich nach der Übernahme den Streitwert auf 315 Mio US\$ erhöhte, was schlappen 2 % des salvadorianischen BIP entspricht. Am 14. Oktober 2016 war das Schiedsgericht in Washington dann so weit: es fand die Argumente der Anwälte El Salvadors gegen El Dorado überzeugender als jene

der OceanaGold-Anwälte dafür, und verdonnerte den Bergbaukonzern dazu, die 8 Mio US-Dollar schweren Kosten des siebenjährigen Verfahrens an El Salvador zu zahlen (ca. 5 Mio gehen weiter auf Kosten der salvadorianischen Staatskasse). Der „Runde Tisch“ reagierte euphorisch: „El Salvador ist das erste Land der Region, das einen transnationalen Konzern besiegt hat.“ Die Lateinamerika Nachrichten vom Dezember 2016 schreiben von einem „Bittersüßen Etappensieg.“ OceanaGold aber verlautete noch am Tag des Schiedsspruches: „OceanaGold ist zwar enttäuscht, wird aber den Schiedsspruch genau prüfen, bevor die nächsten Schritte bezüglich unserer Produktionseinheit in El Salvador geplant werden.“ Und mit leicht drohendem Unterton: „Das Unternehmen hat jedoch erkannt, dass die Regierung El Salvadors endgültig positive Schritte wird unternehmen müssen, wenn sie ausländische Investitionen für diese (Jahrzehnte anhaltende Entwicklungs-) Chance gewinnen will.“ Der „Runde Tisch“ hat andere Forderungen an die FMLN-Regierung von Präsident Salvador Sánchez Cerén. Seit August 2016 fordert er den Präsidenten auf, per Regierungserlass alle Bergbaukonzessionen zu suspendieren. Er erinnert auch daran, dass seit einigen Jahren in den Schubladen des salvadorianischen Parlaments ein Gesetzesentwurf schlummert, der auf das Verbot jeglichen Metall-Tagebergbaus zielt. Und er kann sich vorstellen, dass nicht nur fünf wie bisher, sondern alle 262 Municipien El Salvadors diese Art von Edelmetallgewinnung per Gemeindeverordnung verbieten.



Otros Mundos

Globales Lernen für junge Menschen

Workshops und Multiplikator_innen-Schulungen zu globalen Themen

Wir bieten im Rahmen unseres Bildungsangebot Otros Mundos wieder Workshops zu globalen Zusammenhängen an, in denen anhand selbst gewählter Themen gesellschaftliche Machtverhältnisse und globale Ungleichheiten reflektiert werden. Das Angebot richtet sich an Jugendgruppen und Schulklassen aus NRW und Umgebung im Alter von 14 – 27 Jahren.

Unsere Workshop Themen sind:

- Klimawandel und Umweltkonflikte
- Kolonialismus und Rassismus
- Migration
- Menschenrechte und soziale Bewegungen
- Wirtschaft

Zusätzlich bieten wir Multiplikator_innen-Schulungen an. Ziel der Seminare ist es, Aktiven in der Jugend-Bildungsarbeit unsere Konzepte und Methoden des Globalen Lernens vorzustellen. Grundlage hierfür sind die von uns entwickelten Bildungsmaterialien aus der Werkheftreihe Fokuscafé Lateinamerika.

Mehr Informationen zu den Workshops und den Multiplikator_innen-Schulungen unter: www.otros-mundos.de

Bei Fragen zu den Workshops und den Multiplikator_innen-Schulungen oder zur Bestellung der neuen Bildungsmaterialien wenden Sie sich an: info@informationsbuero-nicaragua.org

Um auch weiterhin über die Situation in Nicaragua und Lateinamerika berichten zu können, sind wir auf eure Unterstützung angewiesen.

Wir freuen uns über Spenden

**Für unsere
Öffentlichkeitsarbeit**
Konto 963611
IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

**bei der
Stadtsparkasse Wuppertal**
BLZ 330 500 00
SWIFT-BIC: WUPSD33
Informationsbüro Nicaragua

»Impressum«

Herausgeber:
Informationsbüro Nicaragua e.V.
Deweerthstr. 8 - 42107 Wuppertal
Tel 0049-202-300030
Fax 0049-202-314346

Redaktion: Klaus, Karsten, Ulf, Dietrich
Layout: Dilek

info@informationsbuero-nicaragua.org
www.informationsbuero-nicaragua.org

Movida ist der Rundbrief des Informationsbüro Nicaragua e.V. und der Informationsstelle El Salvador e.V.
(info@cafe-cortadora.de; www.cafe-cortadora.de)

Er erscheint als Beilage in der Zeitschrift ila.

Ein Abo der Zeitschrift ila wird ausdrücklich empfohlen
www.ila-bonn.de

Die Movida Frühjahr 2017 wurde aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch **Brot für die Welt-Evangelischer Entwicklungsdienst** gefördert

Der Herausgeber ist für den Inhalt selbst verantwortlich. Vielen Dank.